

Vielfalt schafft Einigkeit

Autor(en): **Linde, François van der**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen**

Band (Jahr): **17 (1991)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-801377>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vielfalt schafft Einigkeit

Eine pragmatische
Drogenpolitik
stellt für die Schweiz
den einzig gangbaren
Weg dar.
Kein Sonderkompromiss,
sondern Ansätze mit
Machbarkeits-Anspruch.

VON FRANÇOIS VAN DER LINDE

Drogenkonsum und -abhängigkeit sind keine grundsätzlich neuen Phänomene. Seit Menschengedenken werden sogenannte psychoaktive Substanzen konsumiert. Genuss, Rausch und Ritual erfüllen seit jeher wichtige Funktionen; jede Kultur kennt spezielle psychoaktive Substanzen und deren besondere Anwendungsformen. Jede Kultur schafft sich aber auch Regeln für den Umgang mit solchen Substanzen. Diese Regeln dienen letztlich alle dem Zweck, missbräuchliche und schädliche Konsumformen zu minimieren.

In der Schweiz besteht für die legalen, seit langem etablierten psychoaktiven Substanzen (Alkohol, Tabak, gewisse Medikamente) ein differenziertes Netz an geschriebenen und ungeschriebenen Spielregeln (am deutlichsten beim Alkohol). Diesen Regeln ist folgendes gemeinsam:

- Konsum wird grundsätzlich toleriert, auch bei offensichtlichen Möglichkeiten der Eigengefährdung (z.B. Tabak). Gewisse Massnahmen und soziale Kontrollmechanismen zur Minimierung des Missbrauches sind vorgesehen (z.B. Abgabeverbot an Jugendliche beim Alkohol, Rezeptpflicht bei psychoaktiven Medikamenten).
- Sanktionen sind in erster Linie für

Situationen vorgesehen, bei denen Fremdgefährdung besteht (z.B. Fahren in angetrunkenem Zustand).

Unauffälliger Umgang mit psychoaktiven Substanzen wird also geduldet, abweichendes Verhalten wird sozial oder rechtlich geahndet. Für Abhängige stehen therapeutische Möglichkeiten zur Verfügung.

Bei den illegalen Drogen hat sich kein solches Gefüge von gesetzlichen und sozialen Spielregeln entwickelt, da der Konsum grundsätzlich verboten ist und wohl auch der Erfahrungszeitraum mit der gegenwärtigen Manifestationsform des illegalen Drogenkonsums recht kurz ist. Aus medizinischer Sicht stellt sich die Frage, ob die besondere Behandlung der heute illegalen Drogen durch den Gesetzgeber von der Gefährlichkeit her begründet ist. Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, kann festgehalten werden, dass die sogenannten harten Drogen (vor allem Opiate und Kokain) im Vergleich zu anderen psychoaktiven Substanzen tatsächlich ein erhebliches Abhängigkeitspotential haben, das den freien Umgang mit diesen Substanzen als problematisch erscheinen lässt. Cannabis Produkte wie Haschisch und Marihuana können zwar keinesfalls als harmlos bezeichnet werden; in der Gesamtbilanz sind sie aber wohl kaum schädlicher als verschiedene etablierte psychoaktive Substanzen. Ob die unterschiedliche Behandlung der heute illegalen Drogen gerechtfertigt ist oder nicht, ist letzten Endes nicht in erster Linie eine fachliche, sondern eine gesellschaftspolitische Frage.

Abschliessend zu diesen Vorbemerkungen sei festgehalten, dass geschichtlich gesehen Konsumverbote wahrscheinlich die totale Konsummenge in einer Gesellschaft beschränken können, dass sie sich aber gesamthaft gesehen wegen ihrer Nebenwirkungen in Form von Begleitkriminalität aus gesellschaftspolitischer Sicht nie bewährt haben.

Grundsätzliche Möglichkeiten, mit dem Drogenproblem umzugehen

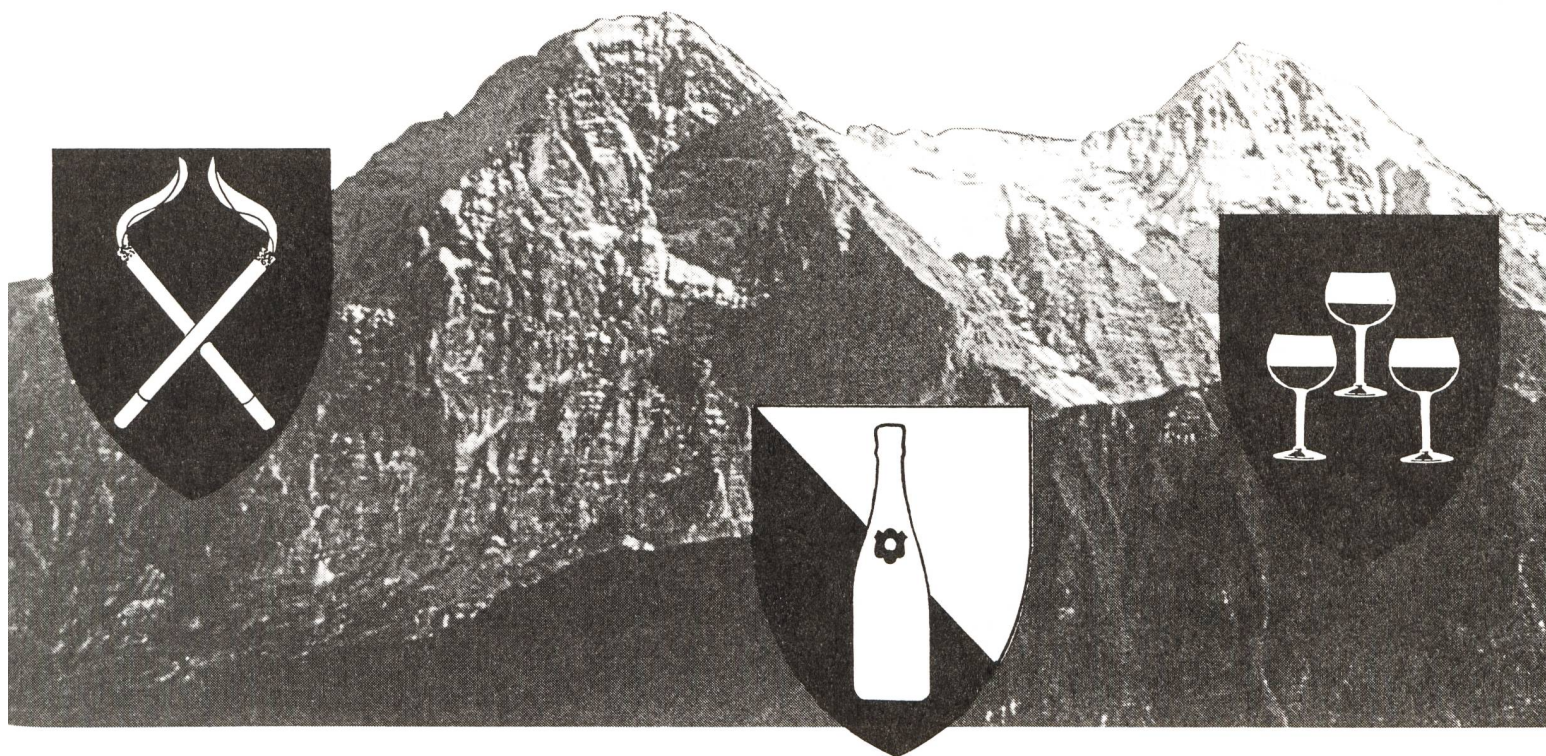
Im folgenden soll kurz aufgezeigt werden, welche grundsätzlichen Optionen für den Umgang mit dem Drogenproblem bestehen. Dabei wird innerhalb der international geltenden Abkommen und Konventionen geblieben. Die Option der völligen Freigabe aller Drogen ist zwar theoretisch betrachtet prinzipiell diskussionswürdig, unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen aber derart unrealistisch, dass nicht näher auf sie eingegangen wird.

Bleibt man auf der Basis einer prinzipiell abstinenzorientierten Gesetzgebung, ergeben sich zwei grundsätzlich verschiedene Möglichkeiten, das Problem anzugehen. Ich will sie - zunächst ohne jede Wertung - als „repressiv“ bzw. „pragmatisch“ bezeichnen.

Schwerpunkte der „repressiven“ Betrachtungsweise

Als übergeordnetes Handlungsmotiv wird der Drogengebrauch aus ideellen Gründen grundsätzlich abgelehnt und als verfolgungswürdig betrachtet. Für die Bekämpfungsansätze bedeutet dies:

- Konsequente Bekämpfung jedes Handels mit Drogen.
- Der Konsument von Drogen (vor allem auch der Gelegenheitskonsument) wird auf seine soziale Verantwortung angesprochen. Mit seinem Konsum gibt er nach dieser Betrachtungsweise der Gesellschaft das unrichtige Signal, ein kontrollierter Drogenkonsum sei möglich. Nimmt der Konsument die als soziale Verantwortung deklarierte Drogenabstinenz nicht wahr, wird er nicht nur juri-



stisch, sondern auch sozial verfolgt (Verlust von Stipendien, Arbeitsplatz usw.).

- In der Prävention wird der Schwerpunkt darauf gesetzt, ein Klima der Nicht-Akzeptanz von Drogen zu schaffen (Förderung des „Drogen - nein danke“-Gedankens).
- Im therapeutischen Bereich wird der Abhängige als Kranker angesehen, der Hilfe benötigt. Es werden ihm abstinenzorientierte Therapieprogramme angeboten, die er freiwillig, wenn nötig aber auch unter Anwendung von mehr oder weniger Zwang in Anspruch nehmen kann.

Diese Drogenpolitik wird unter anderem in den USA und in Schweden praktiziert.

„Pragmatische“ Drogenpolitik

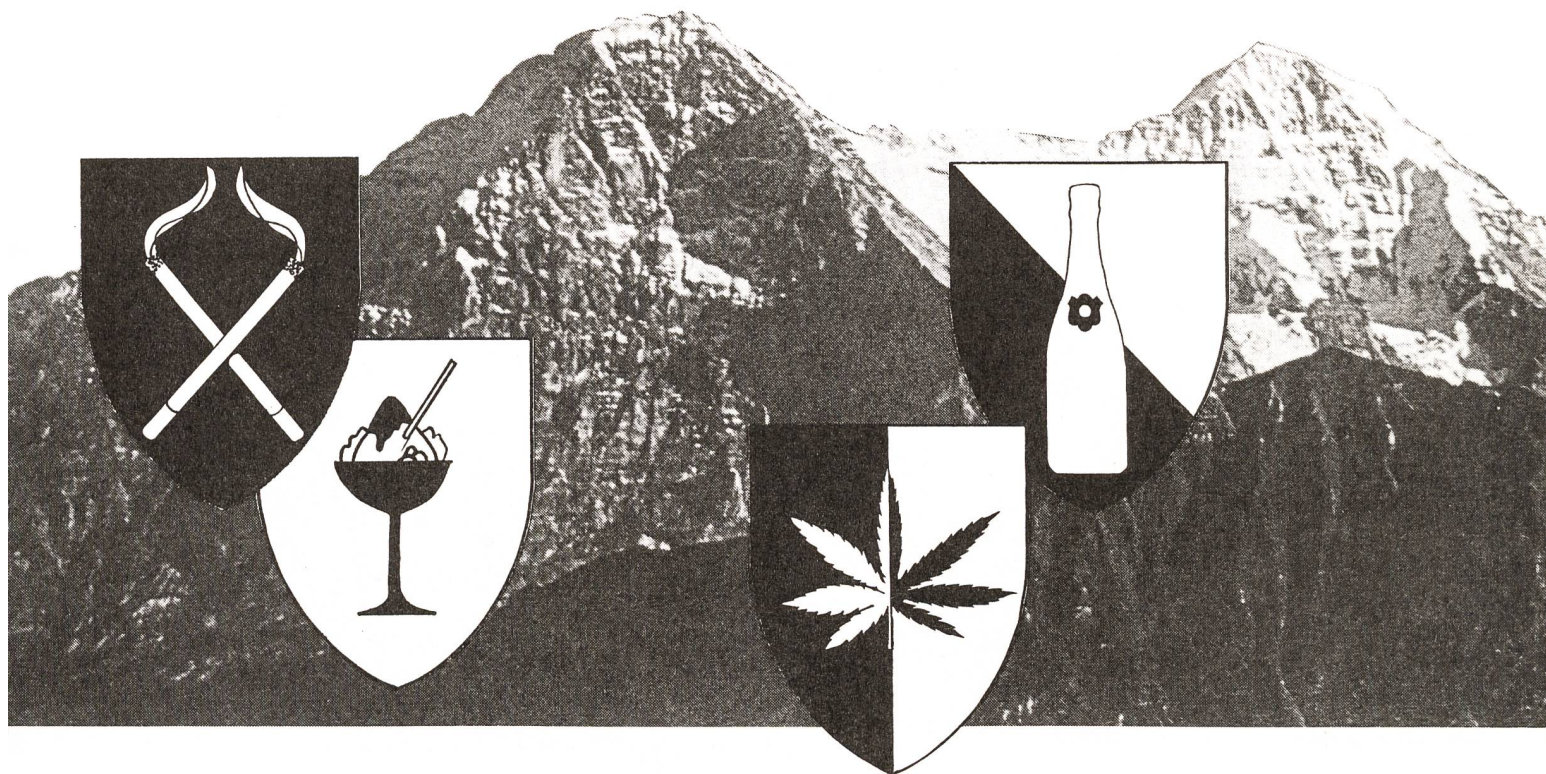
Die „pragmatische“ Drogenpolitik geht ebenfalls davon aus, dass der Konsum von Drogen grundsätzlich unerwünscht ist. Sie nimmt aber zur Kenntnis, dass es auch beim Vorhandensein von optimalen Programmen der Drogenhilfe Menschen gibt, die nicht auf den Konsum von Dro-

gen verzichten wollen oder können. Sie versucht auf dem Hintergrund dieser zur Zeit nicht änderbaren Tatsache Wege zu finden, die ein erträgliches Zusammenleben von Konsument und Gesellschaft ermöglichen. Dies bedeutet, dass dem Konsumenten zwar ähnliche Hilfen angeboten werden wie im „repressiven“ System, dass aber sein allfälliger Entschluss, diese nicht zu benützen, so lange respektiert wird, als der Betreffende die Gesellschaft nicht belästigt. Sanktionen werden nicht wegen des Konsums, sondern gegebenenfalls wegen devianten Verhaltens ergriffen. Für die Bekämpfungsansätze bedeutet dies folgendes:

- Der Drogenhandel wird ebenso wie bei der „repressiven“ Linie konsequent bekämpft, wobei man sich auf den kriminellen und gewinnorientierten Handel konzentriert.
- Dem Konsumenten wird ein differenziertes Hilfsangebot zur Verfügung gestellt. Er wird auch ermuntert, dieses zu benützen. Solange er sozial nicht auffällig wird, werden aber keine Zwangsmassnahmen ergriffen. Die Tatsache, dass ein Teil der Bevölkerung trotz Prävention und Therapieangeboten Drogen konsumiert,

wird als Realität akzeptiert. Die therapeutischen Ansätze für diese Gruppe sind auf die Eingrenzung der Folgeschäden des Konsums ausgerichtet.

- Auch die sicherheitspolizeilichen Massnahmen sind auf Schadensbegrenzung ausgerichtet: Deviantes Verhalten von Drogenkonsumenten, welches die Gesellschaft gefährdet, wird verfolgt. Dem sicherheitspolizeilichen Aspekt wird also durchaus eine hohe Priorität eingeräumt.
- In der Prävention liegt der Schwerpunkt auf der Schulung der Entscheidungsfähigkeit des einzelnen. Dem Jugendlichen werden die schädlichen Folgen des Drogenkonsums aufgezeigt; im übrigen wird er mit pädagogischen Mitteln befähigt, für sich selbst rationale Entscheidungen betreffend sein Konsumverhalten zu fällen.
- Im therapeutischen Bereich steht ein breites Spektrum von niederschweligen Kontaktangeboten bis hin zu hochschweligen, abstinenzorientierten Rehabilitationsprogrammen zur Verfügung. Dieses Modell wird vor allem in den Niederlanden zur Anwendung gebracht.



Interessant im Hinblick auf die Situation in der Schweiz ist der Umstand, dass weder im „repressiven“ noch im „pragmatischen“ Modell offene Drogenszenen geduldet werden. Das „pragmatische“ Modell ist also keineswegs liberal in dem Sinn, dass es dem Drogenkonsum gleichgültig gegenübersteht und den Konsumenten einfach gewähren lässt.

Die Unterschiede zwischen beiden Modellen sind nicht in erster Linie fachlich, sondern weltanschaulich bedingt. Dementsprechend ist es auch nicht möglich, zu bestimmen, welches Modell das richtige ist. Dagegen muss die Frage gestellt werden, welches Modell für die gegebenen Verhältnisse in der Schweiz am ehesten zu Fortschritten führen kann.

Schwächen der aktuellen schweizerischen Drogenpolitik

Die Schwächen der Drogenpolitik in der Schweiz (eine „schweizerische Drogenpolitik“ gibt es wohl gar nicht) liegen meines Erachtens in folgenden Bereichen:

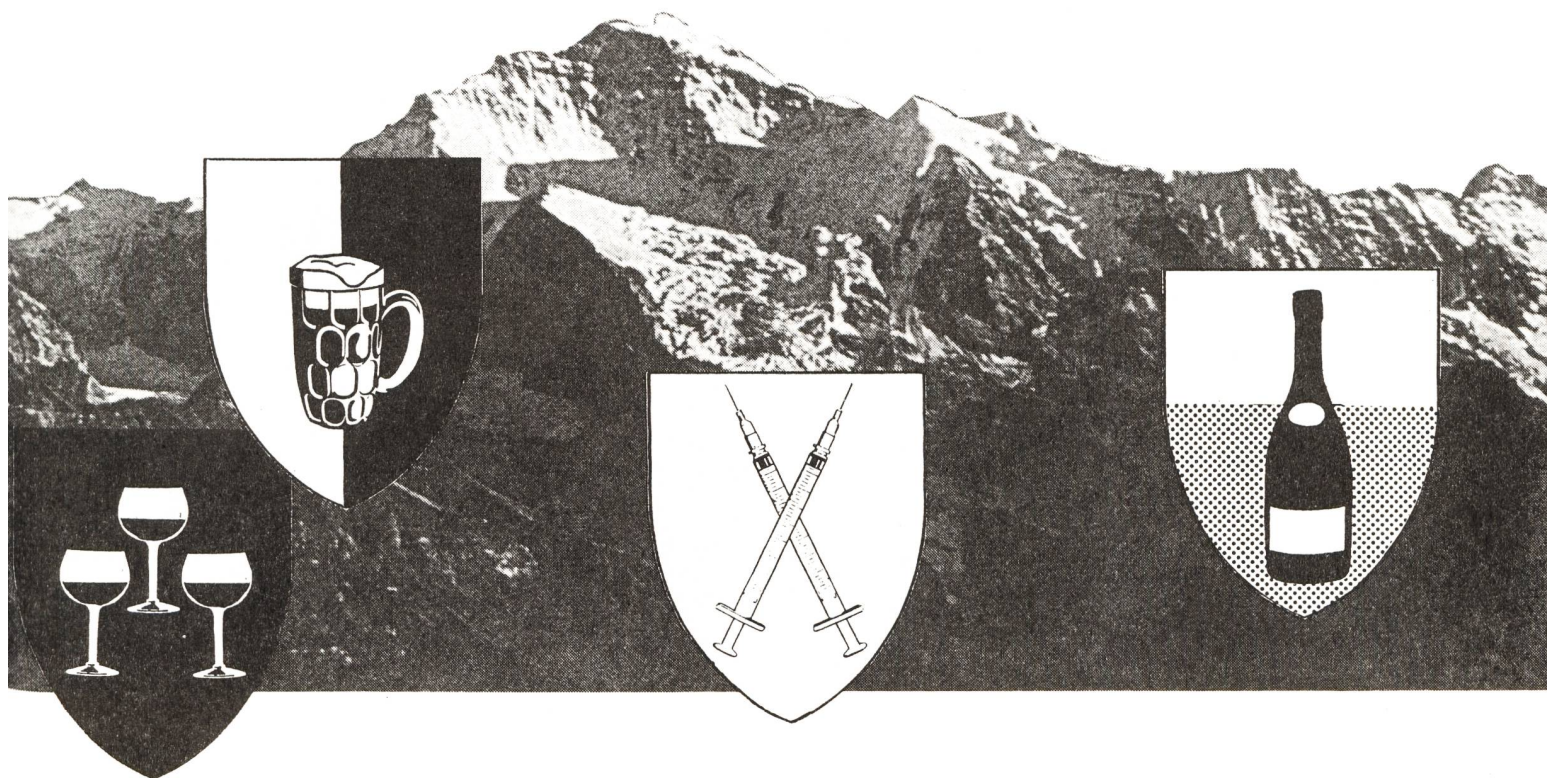
- Das Drogenproblem wird ausschliesslich symptomorientiert ange-

gangen. Es wird kaum je die Frage gestellt, warum die Schweiz heute derart stark vom Drogenproblem betroffen ist (wahrscheinlich Spitzenstellung in Europa) und was junge Menschen dazu bewegt, den Weg einer Drogenkarriere einzuschlagen. Da das Symptom „Drogenkonsum“ von der Bevölkerung nicht verstanden wird und weil es sich oft auf unangenehme Weise äussert, kommt es zu irrationalen Reaktionen.

- Das Drogenproblem erhält in den Medien eine völlig überproportionale Aufmerksamkeit, da es sich dazu eignet, Emotionen auszulösen. Dadurch wird oft völlig vergessen, dass zum Beispiel 97 Prozent der 15- bis 16-Jährigen in der Schweiz von Drogen gar nichts wissen wollen und dass der Nichtkonsum bei der Schweizer Jugend das weit überwiegende Normalverhalten darstellt. Die Aufmerksamkeit, welche die Minderheit der Drogenabhängigen erhält, steht in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zu anderen gesellschaftlichen Problemen, die uns quantitativ und qualitativ mindestens so stark belasten. Der Drogenabhängige wird dadurch zu einem interessanten Sonderfall gemacht, was die Attraktivität des Kon-

sums vermutlich eher fördert als senkt.

- Es besteht kein Konsens über die einzuschlagende Linie in der Drogenpolitik. Der auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen ausgeprägte Meinungspluralismus führt dazu, dass jeder Kanton seine eigene Drogenpolitik betreibt. Die Sprachgrenze zwischen deutsch und französisch ist dabei keineswegs die einzige und auch keine ausschliessliche Trennlinie. Dies führt zu Unsicherheiten und teilweise Resignation bei Politikern wie in der Bevölkerung. Hier besteht übrigens ein markanter Unterschied zu Ländern wie Schweden, aber auch Holland. Auch dort bleibt die staatliche Drogenpolitik zwar nicht von Kontroversen verschont, im grossen und ganzen wird sie aber doch breit von der Bevölkerung mitgetragen.
- Es wird nach aussen keine Kohärenz staatlicher Massnahmen sichtbar. Institutionen des Gesundheitswesens, des Sozialwesens sowie der Justiz und Polizei verfolgen zum Teil sogar innerhalb eines Kantons unterschiedliche Richtungen und tun sich schwer, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen. Das Beispiel der Stadt Zürich, wo die Polizei vor kurzem der Öffent-



lichkeit bekannt gab, sie könne die Politik ihrer Vorgesetzten nicht mehr mittragen, zeigt, wie erschreckend weit diese Inkohärenz teilweise fortgeschritten ist. Inkohärenz staatlichen Handelns erweist sich als guter Nährboden für Drogenkonsumenten wie für Drogen“ideologen“. Die Erfahrungen in der Subkommission Drogenfragen der Eidgenössischen Betäubungsmittelkommission, in der alle erwähnten Richtungen vertreten sind, haben gezeigt, dass eine Drogenpolitik auch in der Schweiz konsensfähig sein könnte, dass dies aber eine intensive Auseinandersetzung mit den gegenseitigen Standpunkten und Aufgabenbereichen sowie den Willen zum Konsens voraussetzt.

- Das HIV/Aids-Problem hat die Drogenpolitik der letzten Jahre stark mitgeprägt. Dies war unumgänglich, da die Schweiz auch bei der gemeldeten Anzahl von Aidsfällen europaweit an der Spitze steht und der Übertragungsweg über die Drogenszene von grosser Bedeutung ist. Es ist aber, wenn überhaupt, erst ansatzweise gelungen, die komplexen Zusammenhänge zwischen Drogen- und Aidspolitik der Bevölkerung verständlich zu machen.

- In weiten Kreisen besteht der Glaube, das Drogenproblem sei lösbar, wenn nur die richtigen Massnahmen getroffen würden. Bekämpfungs- oder Hilfsmodelle, die von der „Lösbarkeit“ des Drogenproblems ausgehen, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt und schaffen dann die erheblichen Frustrationen, von denen die heutige Drogenpolitik geprägt ist. Wir kennen zahlreiche Massnahmen, welche als Bausteine zur Verbesserung der Situation beitragen können; aber es gibt keine Lösung des Drogenproblems als solches.

Grundzüge einer zukünftigen Drogenpolitik

Voraussetzungen

- Die Bevölkerung braucht eine bessere Information über das Drogenproblem. Nicht in erster Linie über Wirkungen und Gefahren der Drogen, sondern über die Bedeutung und den Stellenwert des Drogenproblems innerhalb des grösseren Problemkreises des Umgangs mit psychoaktiven Substanzen. Die vom Bund vorgesehene Sensibilisierungskampagne, die im

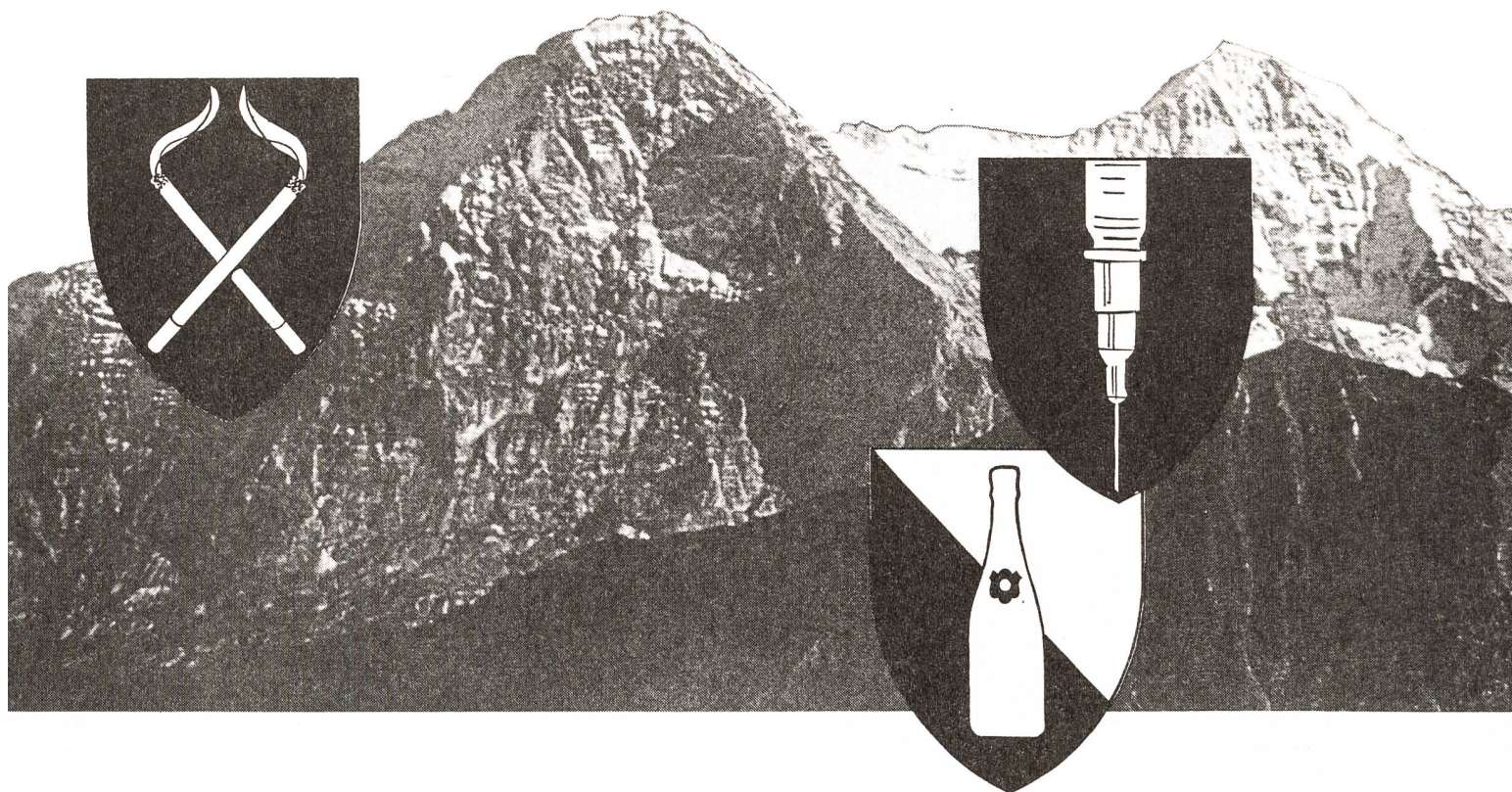
Herbst dieses Jahres anläuft, wird hier wertvolle Dienste leisten.

- Das Drogenproblem muss dringend entemotionalisiert und entideologisiert werden. Dass „Ideologien“ (seien sie nun repressiv oder sogenannt liberal orientiert) nicht weiterführen, haben die vergangenen Jahre zur Genüge gezeigt.
- Ein gewisser nationaler Konsens über die einzuschlagende Linie in der Drogenpolitik ist unumgänglich.
- Die Kohärenz staatlichen Handelns muss hergestellt werden: Gesundheitswesen, Sozialwesen sowie Justiz und Polizei müssen dazu einen viel intensiveren Dialog führen.

Optionen

Vor der Wahl zwischen der zuvor erwähnten eher repressiven beziehungsweise eher pragmatischen Linie ist es nützlich, einen Blick auf einige gesellschaftliche Besonderheiten der gegenwärtigen Schweiz zu werfen. Eine Drogenpolitik kann ja nicht losgelöst von den übrigen sozialen Gegebenheiten formuliert werden.

- In fast allen gesellschaftspolitischen Fragen von Bedeutung besteht ein erheblicher Meinungspluralismus.



- Es besteht eine hohe Permissivität im Umgang mit allen legalen psychoaktiven Substanzen. Der Umgang mit Alkohol, Tabak und psychoaktiven Medikamenten wird nicht nur toleriert, sondern ist weit herum integrierter Bestandteil des gesellschaftlichen oder individuellen Lebensstils.
- Die Schweiz ist vom Drogenproblem massiv betroffen. In keinem Land der Welt sind die Preise für illegale Drogen so hoch. Der internationale Drogenhandel wird sich nur schon aus diesem Grund auch in Zukunft für die Schweiz interessieren.
- Die hohe Betroffenheit durch die Aidsproblematik macht es nötig, wirksame Aids-präventive Massnahmen in die Drogenpolitik einzubauen.
- Die Schweiz ist in ihrer Drogenpolitik durch internationale Verpflichtungen gebunden; ein Sonderfall Schweiz ist politisch undenkbar.

Wenn man versucht, die oben genannten Tatsachen unter einen Hut zu bringen, bleibt meines Erachtens gar keine andere Wahl als die einer pragmatischen Drogenpolitik. Eine sogenannte harte Linie – grundsätzlich durchaus denkbar und in weiten Kreisen auch gewünscht – wäre nur dann praktikabel, wenn wir sie – wie dies zum Beispiel in Schweden der Fall

ist – auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen anwenden. Nochmals sei dabei aber betont, dass eine pragmatische Linie keineswegs liberal im Sinne eines Laissez-faire sein darf.

Elemente einer zukünftigen Drogenpolitik

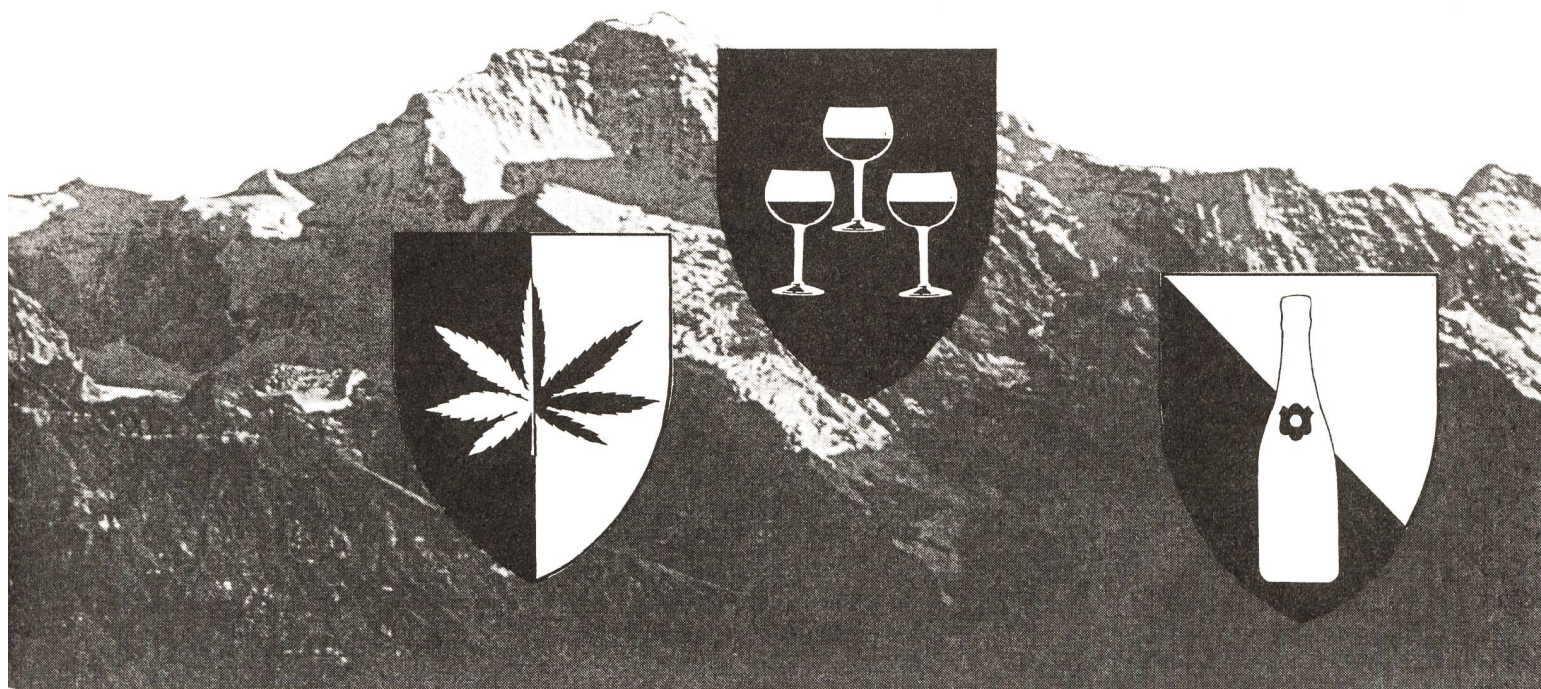
a) Prävention

- Im Bereich der Nachfragesteuerung ist der Drogenprävention im Rahmen der Gesundheitserziehung ein deutlich höherer Stellenwert einzuräumen. Drogenprävention bedeutet dabei nicht nur Information, sondern auch das Erlernen des Umgangs mit Problemen und Konfliktsituationen sowie die Schulung der Entscheidungsfähigkeit des Heranwachsenden. Als Zielpublikum sind in erster Linie Eltern angesprochen. Da sie aber für Präventionsprogramme oft schwer erreichbar sind, wird das öffentliche Erziehungswesen nicht darum herum kommen, hier verstärkte Prioritäten zu setzen.
- Im Bereich der Angebotssteuerung wird der Handel weiterhin konsequent bekämpft werden müssen, wobei der Schwerpunkt auf die Verfol-

gung des gewinnträchtigen, kriminellen Handels zu legen ist. Dieser Ansatz wird das Drogenproblem ebenso wenig lösen wie jeder andere isoliert betrachtete Ansatz. Er trägt aber zur Verunsicherung des Handels bei und gibt zudem deutliche gesellschaftspolitische Signale.

b) Früherfassung und Therapie

- Einerseits müssen Drogenkonsumenten vermehrt in einem frühen Konsumstadium erkannt und therapeutischen Massnahmen zugeführt werden (wo nötig unter Einsatz von pädagogisch begründeten Druckmassnahmen). Die Anwendung des fürsorglichen Freiheitszugs bei bereits Abhängigen kann in medizinisch begründeten Einzelfällen sinnvoll sein, jedoch nur für die Phase des körperlichen Entzugs und nicht für die längerdauernde Rehabilitationsphase.
- Andererseits werden wir akzeptieren müssen, dass auch bei einer noch so guten Drogenpolitik ein Teil der Konsumenten nicht auf Drogen verzichten will oder kann. Für diese Gruppe sollte der Schwerpunkt nicht auf der Bestrafung des Konsums, sondern auf der Nicht-Akzeptanz devianten Verhaltens liegen. Ein nichttherapiewilliger Konsument sollte strafrechtlich in



Ruhe gelassen werden, solange er seinerseits die Gesellschaft nicht belästigt.

c) Risikoreduktion

Unter Risikoreduktion werden alle Massnahmen verstanden, welche den Schaden des Drogenkonsums sowohl für die Betroffenen wie für die Gesellschaft minimieren. Dies bedeutet die Errichtung von genügend niederschweligen Kontaktangeboten, Aufenthaltsmöglichkeiten für desintegrierte Drogenabhängige sowie Arbeitsprogramme. Ein wesentlicher Teil der Risikoreduktion wird auch in Zukunft in Massnahmen bestehen, welche die Weiterverbreitung des Aids-Virus über die Drogenszene verhindern. Sobald genügend Hilfsangebote vorhanden sind, besteht auch keine Notwendigkeit mehr, offene Drogenszenen zu tolerieren. Zu den Massnahmen der Schadensbegrenzung gehört aber auch, dass im Interesse der Bevölkerung dem sicherheitspolizeilichen Aspekt die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Schlussfolgerungen

- Erste Priorität haben präventive Massnahmen, welche den Neuein-

stieg in die Drogen verhindern. Der Schwerpunkt muss dabei auf ursachenorientierten Präventionsprogrammen liegen. Eine Stabilisierung bzw. Reduktion des Drogenproblems wird nur dann erreicht werden, wenn es gelingt, die Nachfrage nach Drogen zu reduzieren.

- Daneben ist zu akzeptieren, dass es Drogenkonsumenten und -abhängige gibt und auch weiterhin geben wird. Diesen soll Hilfe angeboten werden. Von Drogenkonsumenten, welche keine Hilfe akzeptieren, muss gesellschaftsverträgliches Verhalten verlangt werden. Deviantes Verhalten, welches die Bevölkerung gefährdet, ist konsequent zu verfolgen. Von einer reinen Konsumbestrafung dagegen sind keine Erfolge zu erwarten.
- Die Sicherheit der Bevölkerung vor Kriminalität im Zusammenhang mit Drogenproblemen ist sicherzustellen.

Eine pragmatische Drogenpolitik in der skizzierten Art ist im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung weitgehend realisierbar. In einem Punkt besteht allerdings ein zurzeit nicht gelöstes Problem: Es sollte eine rechtliche Möglichkeit gefunden werden, den sozial unauffälligen reinen Konsum aus strafrechtlicher Sicht zum mindesten zu tolerieren. Die schon

heute bestehenden Widersprüche in der Drogenpolitik sind damit zwar in keiner Weise entfernt; es wäre aber eine Grundlage für eine effizientere Drogenarbeit gelegt.

Am wichtigsten erscheint mir aber zunächst einmal, dass ein gesellschaftlicher Denkprozess in Gang gesetzt wird, der etwas mehr nach den Ursachen für den missbräuchlichen Umgang mit psychoaktiven Substanzen sucht. Erst dann kann eine ursachenorientierte Prävention wirksam werden. Dies muss bald geschehen, denn – darüber besteht auch international zunehmend Einigkeit – eine Stabilisierung bzw. Reduktion des Drogenproblems wird letztlich nur über die Verminderung der Nachfrage erreicht werden. ■

Dr. med. François van der Linde ist Präventivmediziner des Kantons St. Gallen und Präsident der Subkommission Drogenfragen der Eidgenössischen Betäubungsmittelkommission. Er hat sich unter dem Aspekt „Drogenpolitik aus med. Sicht“ am Forum Nottwil vom 28. August 1991 beteiligt.